

Medienmitteilung vom 4. Dezember 2014

Grüne bereiten Referendum gegen Abbau bei Prämienverbilligungen für die Krankenkasse vor

Die Stimmbevölkerung soll (und wird) entscheiden

Im Januar 2015 berät der Grosse Rat eine Gesetzesänderung, die das Sozialziel zu den Verbilligungen der Krankenkassenprämien ersatzlos streichen will. Die vorberatende Kommission GSoK hat heute bekanntgegeben, dass sie die Gesetzesrevision dem Grossen Rat zur Annahme empfiehlt. Der Vorstand der Grünen Kanton Bern hat beschlossen, dass die Grünen das Referendum ergreifen, falls der Grosse Rat in der Januarsession der vorberatenden Gesundheits- und Sozialkommission folgen und die Streichung der Mindestbezugsquote beschliessen sollte.

2013 hat der Grosse Rat mit der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP das bisher grösste Abbaupaket in der Geschichte des Kantons Bern beschlossen. Sozialpolitisch verheerend ist vor allem der massive Abbau bei den Prämienverbilligungen für die Krankenkasse, denn der Kanton Bern weist bei den pro-Kopf-Nettokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung unerfreuliche Maximalwerte auf und gehört zu den Kantonen mit den höchsten Gesundheitskosten.

Wegen der Sparmassnahme haben seit Januar 2014 bereits 42'000 Personen ihren Anspruch auf eine Verbilligung der Krankenkassenprämien verloren. Nächstes Jahr werden weitere 4'000 Personen die Prämienverbilligung verlieren und rund 40'000 Bernerinnen und Berner eine Reduktion ihrer Prämienverbilligung hinnehmen müssen. Insgesamt werden somit rund 86'000 Personen von der Sparmassnahme betroffen sein. Die Kürzungen bei den Prämienverbilligungen treffen Familien und Menschen mit unteren und mittleren Einkommen.

Das heutige kantonale Gesetz sieht jedoch vor, dass mindestens 25 Prozent der Kantonsbevölkerung von Prämienverbilligungen profitieren sollen. Mit den beschlossenen Sparmassnahmen wird dieser Wert unterschritten. Um den Abbau wenigstens nachträglich auf eine legale Basis zu stellen, will der Regierungsrat deshalb das entsprechende Gesetz anpassen. Heute hat die Gesundheits- und Sozialkommission GSoK des Grossen Rates bekanntgegeben, dass sie die Vorlage des Regierungsrats unterstützt.

Die Grünen Kanton Bern kritisieren diesen Entscheid scharf. Das heutige Sozialziel bietet eine sinnvolle Sicherung mit einer Mindest- und einer Maximalbezugsquote; es stellt sicher, dass mindestens das einkommensschwächste Viertel der Bevölkerung Anrecht auf Prämienverbilligungen hat. Von rund 287'000 Bezüger/innen von Prämienverbilligungen im Kanton Bern erhielten 2012 200'000 weder Ergänzungsleistungen noch Sozialhilfe und waren damit wirtschaftlich eigenständig. Der Abbau erschwert damit ausgerechnet die Lebensbedingungen einer Bevölkerungsgruppe, die trotz widrigen Verhältnissen auf eigenen wirtschaftlichen Beinen steht. Es besteht die Gefahr, dass dadurch vermehrt Haushalte mit tiefen Einkommen in die Sozialhilfe gedrängt oder noch stärker armutsgefährdet werden.

Der Vorstand der Grünen Kanton Bern hat diese Woche beschlossen, das Referendum zu ergreifen, falls der Grosse Rat in der Januarsession der vorberatenden Kommission folgen und die Streichung des Sozialziels beschliessen sollte. Mit einem Referendum könnte die Bevölkerung über den sozialpolitisch verheerenden Abbau entscheiden.

Für weitere Auskünfte:

Christine Häslar, Grossrätin, Mitglied GSoK, 079 379 47 05

Natalie Imboden, Grossrätin, 079 706 62 84

Blaise Kropf, Grossrat, Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern, 079 379 16 53